Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
28.03.2011
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Mittwoch, 27.10.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 20:19 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.06.2010 - öffentlicher Teil**
0511/2010
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
0079/2010

- 6** **Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach
Tätigkeitsbericht 2009**
0476/2010

- 7** **Förderkonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ab 2011**
0519/2010

- 8** **Ausbau der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für
Kinder in der Sekundarstufe I - Arbeitsauftrag**
0520/2010

- 9** **Mitteilungsvorlage über den Pflegezustand der Spielplätze**
0388/2010

- 10** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Münzer, eröffnet die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der 8. Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und teilt mit, dass

- sich Herr Rodenbach und Herr Esser vom Bund der Pfadfinder entschuldigt haben und
- Herr Neuheuser (Fraktion KIDitiative) erkrankt ist und ebenfalls nicht an der Sitzung teilnehmen kann.
- Frau Kreft (SPD-Fraktion) vertritt Herrn Kreutz.

Frau Münzer teilt ferner mit, dass Herr Pfarrer Wolff (katholische Kirche) aus dem Jugendhilfeausschuss ausgeschieden ist. Als sein Nachfolger hat die katholische Kirche Herrn Droege benannt. Herr Droege wurde von der Vorsitzenden unter Verlesung des Verpflichtungstextes als Ausschussmitglied eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet. *(Über die Verpflichtung wurde eine eigene Niederschrift gefertigt, die als Anlage beigefügt ist.)*

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Klein (Fraktion DIE LINKE./BfBB) beantragt die Absetzung des **TOP A 8: Ausbau der ganztägigen Betreuungs- Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I – Arbeitsauftrag**. Bei den Planungen handelt es sich um pflichtige Maßnahmen, die der Ausschuss weder diskutieren noch beauftragen noch entscheiden müsse.

Dazu erklärt Herr Hastrich, dass ein Planungsprozess eingeleitet werden soll, wie die Tagesbetreuung für Kinder jenseits der Grundschule umgesetzt werden soll. Die Planungsverantwortung dafür liegt beim Jugendhilfeausschuss. Mit der Vorlage soll sichergestellt werden, dass der Jugendhilfeausschuss dieser Verantwortung nach SGB VIII nachkommen kann.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich)

Der Antrag, den Tagesordnungspunkt A 8 von der Tagesordnung abzusetzen, wird abgelehnt.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.06.2010 – öffentlicher Teil wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.06.2010 - öffentlicher Teil

0511/2010

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer teilt mit, dass für 2011 folgende Sitzungstermine vorgesehen sind:

22.02., 10.05., 21.06., 04.10. und 22.11., jeweils dienstags

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

0079/2010

Herr Hastrich teilt ergänzend zu den schriftlichen Mitteilungen mit, dass am 04.11.2010 die Trägergemeinschaft der Anbieter im Offenen Ganztage eine Veranstaltung zu Perspektiven zum Offenen Ganztage durchführt. Die Veranstaltung findet im Schulzentrum Kleefeld statt und beginnt um 18.00 Uhr.

Gestern haben die Aktionswochen der Familienbildung in Bergisch Gladbach begonnen. Er geht davon aus, dass jedem der Flyer dazu zugegangen ist.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) fragt, ob bei der Abschlussveranstaltung auch politische Vertreter willkommen sind. Dies wird von Frau Münzer bestätigt.

Herr Hastrich verweist auf die Berichterstattung in der Presse über ein Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Konnexität im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren. In diesem Urteil wird festgestellt, dass die bisherige Regelung nicht den landesverfassungsrechtlichen Bestimmungen entspricht. Dieses Urteil gilt zunächst nur für Kreise und kreisfreie Städte, weil sie qua Gesetz diese Aufgaben wahrnehmen. Kreisangehörigen Kommunen werden Aufgaben der Jugendhilfe nur auf Antrag übertragen. Es bleibt offen, ob dies konnexitätsrelevant ist. Er hält es für unwahrscheinlich, dass das Land die Jugendämter kreisangehöriger Kommunen anders behandelt als die Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte. Wenn der Verwaltung dazu verlässliche Daten vorliegen, wie das Urteil konkret in Landesrecht übersetzt wird, wird sie den Ausschuss informieren.

Auf Anfrage Herrn Schnörings (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erklärt Frau Münzer, dass über den Autokindersitzverleih des Kinderschutzbundes u. a. in einem Flyer berichtet wird. Herr Bilski (Deutscher Kinderschutzbund) informiert ergänzend über den Verleih.

Frau Schöttler-Fuchs verweist darauf, dass der Kinderschutzbund über eine hauptamtliche Präventionsfachkraft verfügt, die für den Rheinisch-Bergischen Kreis zuständig ist. Ihre Fraktion spricht sich für einen Auftrag an die Verwaltung aus, mit dem Kreis und dem Träger mit dem Ziel der Einrichtung einer zusätzlichen halben oder ganzen Stelle Kontakt aufzunehmen.

Herr Hastrich erklärt, dass die Erteilung eines Arbeitsauftrages nicht ausreicht. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen dem Kinderschutzbund und den beteiligten Jugendämtern über die künftige Ausgestaltung des bisherigen Vertrages. Es sei schon schwer, eine für den Träger auskömmliche Finanzierung der bestehenden Stelle zu finden.

Die Förderung der Präventionsarbeit erfolgt aus dem Korridor. Eine Ausweitung dieses Aufgabenbereiches kann nur aufgrund einer ordentlichen Beratung und Beschlussfassung erfolgen. In diesem Zusammenhang muss geklärt werden, welche freiwillige Leistung innerhalb des Korridors dafür gekürzt werden soll. In der Vergangenheit wurde die vorhandene Stelle immer nur anteilig durch die Jugendämter finanziert, weil zusätzlich Stiftungsgelder für die Finanzierung zur Verfügung standen. Herr Hastrich verweist darauf, dass sich dieser Ausschuss in seiner nächsten

Sitzung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auch mit dieser Frage befassen muss. Für einen neuen Vertrag ist ein Einvernehmen aller Beteiligten erforderlich.

Frau Kreft (SPD-Fraktion) hält den Zeitpunkt für günstig, über die Anforderungen in diesem Aufgabenbereich nachzudenken.

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die kontinuierliche Arbeit durch Frau Fassin. Ein Wechsel aufgrund einer Stellenreduzierung würde zu einer schlechteren Arbeit führen. Sie halte es für skandalös, wenn Jugendamtsleiter und Politik im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht zu höheren Investitionen in diesem Bereich bereit sind.

Herr Schnöring kann das Anliegen der SPD-Fraktion unterstützen, ist sich aber nicht sicher, ob der vorgeschlagene Weg richtig ist. Die SPD-Fraktionen im Kreis und den Städten müssten dort entsprechende Anträge stellen, wenn die Weiterfinanzierung der Stelle im Kinderschutzbund ansteht. Das sei jetzt nicht der Fall.

Auf Nachfrage Frau Krefts zur Stelle beim Kinderschutzbund erklärt Herr Hastrich, zur dauerhaften Absicherung der Arbeit sei ein höherer öffentlicher Zuschuss als derzeit an den Träger wünschenswert.

Auf Anmerkung Frau Münzers bietet Herr Hastrich an, den Fraktionen Informationen zusammenzustellen, wie sich nach der morgigen Jugendamtsleiterkonferenz die Verhandlungssituation zwischen Kinderschutzbund und den Jugendämtern darstellt.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) zeigt sich verwundert über den Stand der Jugendbefragung. Vor etwa einem halben Jahr habe ein Treffen zum Thema „Fragebogen“ stattgefunden. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand und dem Zeitpunkt, an dem die Jugendbefragung durchgeführt wird, Die Durchführung der Befragung hängt nach Angaben Herrn Hastrichs von der Antwort des Landesdatenschutzbeauftragten ab, auf die die Stadt noch warte

Herr Buchen lobt die gelungene Auftaktveranstaltung zur Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft. Diesem Lob schließt sich Frau Münzer für den Jugendhilfeausschuss an.

Herr Buhleier verweist auf die Beteiligung der Fachbereiche 4 und 1, in die er das Lob mitnimmt.

6. Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach

Tätigkeitsbericht 2009

0476/2010

Herr Haas beantwortet Fragen verschiedener Ausschussmitglieder dahingehend, dass Voraussetzung für die Legitimierung einer Adoption die Begründung eines Leistungsverhältnisses nach dem SGB VIII (= Vermittlung des Kindes in eine Vollzeitpflege) ist. Die Adoptionspflege ist eine besondere Form des Pflegeverhältnisses, weil ihr Ziel die Annahme als Kind ist.

Einen Rückgang der Adoptionsfälle gibt es aktuell nicht. Im Gegenteil erhofft er sich eine noch intensivere Kooperation. Frau George nimmt vermehrt an den Fallteams teil, wenn bei der Unterbringung von Kindern in stationärer Jugendhilfe absehbar ist, dass diese Kinder nicht in ihre Herkunftsfamilien zurückkehren können.

Zur Adoption vorgemerkte Kinder sind solche Fälle, wenn Bezirkssozialarbeiter und -arbeiterinnen bezüglich infrage kommender Kinder Frau George perspektivisch an der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII beteiligen. Es müsse rechtzeitig geprüft werden, wohin Kinder in der Adoptionspflege gehen können.

In der Tat gibt es Kinder, die aus der stationären Jugendhilfe heraus vermittelt werden. Das sei auch richtig. Mit zunehmendem Alter der Kinder werde es schwieriger, adoptionsbereite Eltern zu finden.

In der Regel werden Kinder aus Pflegefamilien adoptiert, wenn es sich schon um Adoptionspflegen handelt. Bei klassischen Pflegefamilien, bei denen Rückführungen, Kontakte zum Herkunftssystem und ähnliches geprüft werden, kommen Adoptionen weniger infrage. In einigen Fällen sind Adoptionen gar nicht gewünscht. Es sei auch schwierig, geeignete Kinder zu finden.

7. Förderkonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ab 2011 0519/2010

Frau Münzer erinnert daran, dass es sich um einen sehr schwierigen und langwierigen Prozess handelte. Dieser Prozess habe aber auch sehr gute Facetten dadurch gehabt, dass in den verschiedensten Arbeitsgruppen sehr intensiv gearbeitet wurde. Auf das Ergebnis können die Beteiligten stolz sein. Nachfolgend äußern sich verschiedene Ausschussmitglieder lobend über das vorhergehende Verfahren.

Herr Droege (katholische Kirche) geht ausführlich auf den Beschlussvorschlag ein, der maßgeblich von den Freien Trägern erarbeitet worden sei. Wesentliche Ergebnisse sind, dass

- die Zielgruppe = Kinder ab 10 Jahren gleich geblieben sei,
- die Offene Kinder- und Jugendarbeit auch weiterhin für sozial Benachteiligte offen sein muss (Erhaltung des Cross),
- Befürwortung der Tagesbetreuung auch außerhalb der Schulen und Erhalt aller Einrichtungen,
- Rechtssicherheit für fünf Jahre,
- finanziell andere Verteilung der Arbeitsschwerpunkte, um eine bessere inhaltliche Arbeit in allen Einrichtungen zu sichern.

Er bittet darum, dem Protokoll die Berechnung der Stadt auf die Jahre 2011 bis 2015 beizufügen.

Herr Buchen weist darauf hin, dass der Landrat höhere pflichtige Aufgaben anerkannt hat. Außerdem akzeptiert der Landrat, dass in diesem Bereich Planungssicherheit für fünf Jahre gewährt wird. Er verweist auf einen ergänzenden Beschlussvorschlag seiner Fraktion zum Wegfall der Außenstellen, der bereits verteilt wurde. *(Dieser Beschlussvorschlag ist als Anlage beigefügt.)*

Herr Lehmkühler (FDP-Fraktion) erklärt, auch seine Fraktion wolle nicht unbedingt im Jugendhilfebereich kürzen. Vorschläge, geringere Kürzungen im Jugendhilfebereich durch höhere Kürzungen im Bereich Bildung, Kultur, Schule und Sport auszugleichen, hätten sich zwischenzeitlich als in der Form nicht realisierbar herausgestellt. Er spricht sich aber dafür aus, 50.000,- €, die bei der Jugendberatung eingespart werden sollen, im Fachbereich 4 einzusparen.

Über die Ausführungen Herrn Droeges hinaus verweist er darauf, dass alle sechs Jugendeinrichtungen erhalten bleiben können. Zwischen dem FreSch und anderen Trägern gibt es Gespräche, eine zusätzliche halbe Stelle integrieren zu können.

Dem Ausbau der Tagesbetreuung in der Sekundarstufe I sieht er sehr positiv entgegen, da dadurch Jugendhilfe und Schule zusammenkommen.

Durch die geplanten Dialogforen werde die Qualität der Offenen Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft gesichert.

Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu. Herr Lehmkühler regt aber folgende Änderungen der Rahmenvereinbarung an:

1. Im Interfraktionellen Arbeitskreis wurde auch über die Öffnungszeiten gesprochen. Dieser Passus fehle komplett in der Rahmenvereinbarung. Sein Vorschlag laute, auf Seite 49 der Vorlage unter „Öffnungszeiten“ den Satz anzuhängen: „Die Öffnungszeiten sind an die Bedürfnisse der Jugendlichen anzupassen.“

2. Beim Absatz „Öffnung der Angebote und der Jugendzentren“ geht seiner Fraktion das Wort „kann“ nicht weit genug. Der erste Satz solle daher besser lauten: „Offene Kinder- und Jugendarbeit findet in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie an anderen Orten statt, an denen sich junge Menschen aufhalten, z. B. Treffpunktarbeit, Schule etc.“

Herr Köchling (Caritasverband RheinBerg) hält neben bereits erwähnten Vorzügen des Beschlusses für ebenso wichtig, dass in dem Konzept den Kindern und Jugendlichen neben dem Zuhause und der Schule ein verlässliches Beziehungsangebot gemacht wird. Nach seiner Auffassung können weder Schule noch Elternhaus Angebote dieser Qualität machen. Er versteht es als Auftrag an die Träger, sich mit den beschriebenen Fragestellungen auseinanderzusetzen.

Frau Kreft erklärt, die Aussage Herrn Lehmkuhlers, der Ausschuss komme um 10 %ige Einsparungen nicht herum, sei so nicht ganz richtig. Im Korridor seien die Stellen gegenseitig deckungsfähig. Die Politik habe also die Möglichkeit zu Einsparungen in einem anderen Bereich. Ihre Fraktion kann dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, weil der gesamte Korridor auf Einsparungen geprüft werden müsse. Die Schwierigkeit liege darin, dass das Konzept nicht parallel zum Haushalt beraten wurde.

Unter Hinweis auf Seite 49 der Vorlage erklärt sie, ihrer Auffassung nach sei auch Streetwork/aufsuchende Arbeit eine Methode der offenen Jugendarbeit, weil sie als Grundhaltung ansieht, sich an den Lebenswelten der Jugendlichen zu orientieren und vielleicht auch die Plätze aufzusuchen, an denen sie sich befinden. Auch die Berechnung der Standorte sei ihrer Fraktion nicht ganz klar geworden (S. 37 ff, Quadrillenberechnung). Unverständlich sei, dass manche trotz einer höheren Betroffenheit eine sehr niedrige Quadrille hätten. Dabei müsste berücksichtigt werden, dass manche Stadtteile mit einer geringen Bevölkerungszahl anteilig höhere Problemlagen aufweisen, z. B. Bockenberg. Auf Seite 32 wird aufgeführt, dass bei den Indikatoren Bockenberg 7 x über dem städtischen Durchschnitt liegt. Die Berechnungsgrundlage allein steht nach ihrer Einschätzung allein auf wackligen Füßen.

Ihrer Fraktion sei auch nicht klar, warum z. B. Prävention einen Arbeitsschwerpunkt darstellt (S. 48). Bestimmte Haltungen sollten grundsätzlich mit in die Arbeit einfließen und nicht nur in den Einrichtungen auftauchen, in denen sie Arbeitsschwerpunkt sind.

Frau Kreft trägt weitere Ergänzungen und Anregungen vor:

Der Gender-Aspekt wird zwar bezogen auf die Besucherstruktur berücksichtigt, aber nicht auf die Mitarbeiterstruktur. Empfehlenswert sei daher eine ausgewogene Personalstruktur hinsichtlich männlicher/weiblicher Mitarbeiter/innen, ethnischer Herkunft und der Altersstruktur in den Einrichtungen. Es geht auch darum, bedarfsgerechte Praxiskonzepte zu entwickeln und umzusetzen sowie ein Controlling einzurichten.

Herr Schnöring lehnt den Beschlussvorschlag für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wegen der Situation in Bockenberg ab. Er erinnert an den offenen Brief der Träger, wonach ambulante Hilfen die Offene Jugendarbeit nicht ersetzen können. Beides könne sich gegenseitig sinnvoll ergänzen.

Herr Klein dankt für seine Fraktion Herrn Droege stellvertretend für die freien Träger für die geleistete Arbeit. Die Entwicklung eines Konzeptes habe er allerdings von der Verwaltung erwartet. Begrüßt hätte er auch ein Papier mit zwei Vorschlägen der freien Träger und der Verwaltung. Die Beschlussvorlage macht auf seine Fraktion keinen ausgegorenen Eindruck. Mit den einzusparenden Mitteln könne der Haushalt nicht saniert werden. Er sieht die Einsparung relativ geringer Beträge auch nicht als Aufgabe des Jugendhilfeausschusses.

Der Jugendhilfeausschuss habe sich zu wenig um die Beschaffung zusätzlicher Mittel gekümmert, um die Kürzungen nicht vornehmen zu müssen. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB stimme dem Beschlussvorschlag nicht zu, weil viele Bereiche nicht mehr zu betreiben wären. Als Beispiel verweist er auf den Vorschlag Herrn Lehmkuhlers, die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse anzupassen. Das sei mit einer Stelle nicht leistbar.

Herr Droege erklärt, die freien Träger hätten die Schließung der Außenstellen schon vor der heutigen Sitzung bedauert. Man müsse aber auch sehen, was dort mit einer halben Stelle leistbar sei. Wenn er den zusätzlichen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion richtig verstehe, wären weitere Gespräche zwischen den Betroffenen und der Verwaltung erforderlich.

Zum Streetwork gebe es in der Vorlage keine neue Ausrichtung. Hier bedarf es ganz anderer Kapazitäten. Natürlich würden die freien Träger Jugendliche auch aufsuchen. Streetwork und aufsuchende Arbeit seien unterschiedliche Dinge.

Die Verteilung der Arbeitsschwerpunkte soll mit den freien Trägern geklärt werden. Dieser Vorschlag hat den Hintergrund, dass die Finanzierung geändert wird, sodass alle vier Einrichtungen ab 2012 11.000,-€ bekommen. Er halte es für sinnvoll zu prüfen, wie die Arbeitsschwerpunkte verteilt werden.

Seine Einrichtung achte sehr auf das Mitarbeiterprofil. Das Problem sei, Männer für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu finden. Für alle Träger geht er davon aus, dass sie in diesem Bereich zu einem Ausgleich kommen.

Herr Hastrich stimmt Herrn Klein dahingehend zu, dass durch den vorgeschlagenen Beschluss der Haushalt nicht zu sanieren sei. Die Sanierung des Haushalts (strukturelles Defizit 30 Mio. €) bleibt weiterhin Aufgabe des Rates. Dazu gehört auch der Abbau des Korridors. Daran sei der Jugendhilfeausschuss auch in den nächsten Jahren beteiligt.

Mit dem vorgeschlagenen Beschluss sollen für fünf Jahre Mittel gebunden werden. Dies werde durch die von der Verwaltung abzuschließenden Verträge rechtsverbindlich, setzt aber einen Ratsbeschluss voraus.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt über die Grundsätze der Förderung, also welche Mittel innerhalb des Jugendhilfeetats zur Verfügung gestellt und nach welchen Prinzipien sie bewirtschaftet werden. Der Rahmenvertrag wird nicht beschlossen.

Um einer möglichen Befangenheit einzelner Ausschussmitglieder vorzubeugen, wurde bewusst darauf verzichtet, Zuwendungen bestimmter Mittel an einzelne bestimmte Träger zum Gegenstand der Beschlussfassung zu machen. Die Verwaltung ist bestrebt, im Vertragssystem abschließend die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den nächsten fünf Jahren auf der Grundlage des heutigen Beschlusses zu regeln und daneben nicht weitere Regelungstatbestände beizubehalten. Die Hinweise der Ausschussmitglieder zur Rahmenvereinbarung und zum Entwurfstext nehme er auf; sie werden bei der weiteren Beratung mit den freien Trägern über die abzuschließenden Vereinbarungen berücksichtigt.

Hilfe zur Erziehung ist selbstverständlich keine offene Kinder- und Jugendarbeit. Deshalb wolle die Verwaltung Offene Kinder- und Jugendarbeit auch nicht durch Hilfe zur Erziehung ersetzen. Offene Kinder- und Jugendarbeit sei aber auch kein Allheilmittel der Jugendhilfe. Deshalb wurde auch schon beim letzten Beschluss festgestellt, dass Streetwork keine Aufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist. In Bergisch Gladbach gebe es Wohnquartiere, in denen der Bedarf an intensivpädagogischer Hilfestellung deutlich größer ist als in anderen Quartieren. Dem müsse sich das Jugendamt verstärkt widmen.

Auch zukünftig gibt es für die Jugendlichen am Bockenberg Offene Kinder- und Jugendarbeit, wenn auch nicht im ZAK. Unstreitig würden nicht alle Kinder und Jugendlichen die Einrichtungen aufsuchen. Im Sinne einer gelingenden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist eine bessere Nutzung dieses Angebot anzustreben.

Zur Statistik erklärt Herr Hastrich, dass es sich um eine Fortführung der Systematik handelt, die Quartiere mit ihren unterschiedlichen Zuständen zu betrachten. U. a. wegen der unterschiedlich dichten Bevölkerung führe die Konzentration auf absolute Zahlen zu Verzerrungseffekten. Der zielgerichtete Einsatz knapper Mittel kann nur da erfolgen, wo eine möglichst große Wirkung erzielt wird. Diese hohe Wirkung wird an Standorten erzielt, an denen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine große Anzahl der vorrangigen Zielgruppen erreicht wird. Dafür wurden vor Jahren interfraktionell das Kriteriensystem entwickelt und auch gerade das Quadrillensystem verabredet.

Frau Schöttler-Fuchs hält die Vorlage für geschönt und verweist beispielhaft auf die Erhöhung des Arbeitsschwerpunktes in der Kreativitätsschule.

In Bockenberg wurden mühsam Strukturen aufgebaut. Für ihre Fraktion würde es Sinn machen, diese Strukturen zu erhalten und an sie die Hilfen zur Erziehung anzudocken. Es sei abzusehen, dass die Jugendlichen aus dem Bockenberg nicht das UFO besuchen werden.

Zum Hermann-Löns-Viertel erklärt sie, das angemietete Apartment sei nur als Provisorium geeignet. Sie würde gerne durch den Ausschuss die Verwaltung beauftragen lassen, eine vernünftige Wohnung oder eines der leerstehenden Häuser zu suchen, damit die Angebote besser untergebracht werden können.

Herr Droege erklärt, die Freien Träger hätten sehr genau überlegt, was in Bergisch Gladbach notwendig ist und wie das gewährleistet werden kann. Er ist der Überzeugung, dass in den geführten Gesprächen eine vernünftige Lösung gefunden wurde.

Es wurde auch immer wieder darauf hingewiesen, dass im FreSch wieder 1,5 Stellen gefördert werden sollen, sobald genügend Geld zur Verfügung steht. Die Kirche prüfe, wie eine halbe Stelle mit Drittmitteln oder mit Kirchenmitteln finanziert werden kann. Durch die freien Träger werden zusätzlich über 80.000,-€ jährlich gesichert.

Wünschenswert sind Alternativvorschläge. Allgemeine Hinweise würden aber wenig helfen.

Frau Kreft geht auf die Ausführungen der Vorlage zum Bockenberg ein (S. 38 Buchstabe c) und möchte wissen, was diese Ausführungen konkret bedeuten. Sie habe gehört, dass für den Bereich Bockenberg analog des Stadtteilmanagements Gronau/Hand eine halbe Stelle eingerichtet und in der Verwaltung angesiedelt werden soll. Ihr sei nicht klar, was bei einer solchen Regelung von der Arbeitszeit für den Stelleninhalt übrig bleiben soll. Sie hoffe, dass tatsächlich viel mehr Personal eingesetzt werden soll.

Frau Kreft möchte wissen, welche Alternative zum Beschlussvorschlag besteht. Zwar sei auch die SPD-Fraktion dafür, Mittel bereit zu stellen. Mit dem Kostenplan sei ihre Fraktion aber nicht einverstanden. Sie fragt, ob der Beschluss vorbehaltlich der Haushaltsplanung gefasst werden kann und die genannten Beträge **mindestens** zur Verfügung gestellt werden. Dies würde eine weitere Prüfung des Korridors auf andere Einsparungen eröffnen.

Frau Schöttler-Fuchs ergänzt, dass die freien Träger von einer Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre ausgehen. Sie gehe aber davon aus, dass nächstes Jahr in anderen Bereichen wieder über Kürzungen nachgedacht wird.

Auch Herr Buchen weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nicht das allein entscheidende Gremium ist. Die Vorlage lege dar, wie es in den drei Außenstellen weitergehen kann, ohne dies zur Beschlussfassung vorzulegen. Der ergänzende Beschlussvorschlag seiner Fraktion werde zwar auch nicht ganz konkret. Seiner Fraktion sei aber wichtig, dass die Außenstellen nicht nahtlos wegfallen. Die Anregungen zu größeren Räumen finde er interessant, Prüfungen müssen aber vor Ort erfolgen. Für die Ausschusssitzung am 30.11. erwartet er erste Rückmeldungen zu den geführten Verhandlungen.

Frau Forster (Kreativitätsschule) verdeutlicht die Voraussetzungen, unter denen die Beschlussfassung erfolgt. Sie sei davon ausgegangen, dass es Einsparungen in der dargestellten Höhe im Jugendhilfebereich geben muss. Sollten diese Einsparungen tatsächlich ganz umgangen werden können, ergeben sich ganz andere Voraussetzungen. Dazu erwarte sie eine klare Aussage. Sie ist auch der Meinung, dass in den Brennpunktgebieten etwas getan werden muss. Sie finde den Vorschlag Frau Krefts, in den Beschlussvorschlag „mindestens“ einzufügen sehr gut. Im Rat könne dann überlegt werden, ob für diese Brennpunkte zusätzlich Geld zur Verfügung gestellt wird.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass der Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport ebenfalls fast an seinen Grenzen angekommen ist. Wenn man weitere Einsparungen im Jugendbereich verhindern will, müssen Beschlüsse wie z. B. die Schließung der Musikschule gefasst werden. Die Summe im Korridor muss erreicht werden.

Pfarrer Werner (Evangelische Kirche) geht auf einen Pressebericht ein, nach der es auch Gewinner gibt. In diesem Bereich gebe es nur Verlierer, an erster Stelle die Kinder und Jugendlichen. Herr Werner hofft im Hinblick auf den zukünftigen Generationenkonflikt auf eine bestmögliche Stärkung der Träger-Arbeit.

Herr Hastrich erklärt, die Ausgestaltung der Hilfe zur Erziehung ist in der heutigen Sitzung nicht zur Beschlussfassung vorgesehen. Dabei handelt es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Mit dem ausführenden Träger wird darauf geachtet, dass er diese Aufgabe den Qualitätsansprüchen entsprechend ausführen kann.

Der Verwaltungsvorstand entschied gestern, den Kollegen, der schon für Gronau/Hand zuständig ist, auch für Bockenberg einzusetzen. Die Einschätzung Frau Krefts u. a. hinsichtlich der Unterbringung könne er nicht teilen. Der Gegenbeweis wurde bereits in Gronau angetreten.

Bei der Planungssicherheit für die Träger hält Herr Hastrich für entscheidend, dass ein Vertrag abgeschlossen wird. Der Abschluss des Vertrages schützt die Träger vor einer Reduzierung der Beträge durch Vorgaben der Kommunalaufsicht oder andere Instrumente. Höhere Ausgaben können auch ohne Änderung des Vertrages getätigt werden. Eine Ergänzung des Beschlussvorschlages durch das Wort „mindestens“ sei aber unschädlich. Ohne eine Beschlussfassung sei kein Vertragsabschluss möglich.

Herr Buchen führt aus, dass in allen von Kürzungen betroffenen Bereichen Interessenvertreter geltend machen, dass überall gespart werden kann, nur nicht im gerade angesprochenen Bereich. Im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wurde durch die Zusammenarbeit eine gute Lösung erzielt. Seine Fraktion werde sich nicht gegen die Einfügung des Wortes „mindestens“ wehren. Dadurch gebe es aber nicht automatisch mehr Geld.

Herr Klein erinnert daran, dass seit Jahren vor allem in diesem Bereich der Jugendarbeit immer mehr gekürzt wird. Keiner könne garantieren, dass nächstes Jahr nicht wieder gekürzt werden müsse. Es könne aber nicht in allen Bereichen beliebig weiter gekürzt werden. Dazu verweist er auf die Betreuung von Bedürftigen in Brennpunkten, die besondere Zuwendung brauchen.

Frau Schöttler-Fuchs verweist darauf, dass die katholischen Jugendwerke im Hermann-Löns-Viertel in einem Bauwagen vernünftige Arbeit leisten. Mit einem geringen finanziellen Aufwand kann eine vernünftige Unterbringung gewährleistet werden.

Herr Hastrich erklärt, mit zusätzlichen Einnahmen, die im Rahmen des Korridors zusätzlich ausgegeben werden dürfen, sei nicht zu rechnen. Das von Herrn Klein angesprochene Urteil bezieht sich ausdrücklich und ausschließlich auf die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Beschlüsse können sich nicht nur darauf beziehen, was in der Kinder- und Jugendhilfe fachlich notwendig ist, sondern auch auf die Verteilung der verfügbaren Haushaltsmittel innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe.

Der Abbau des strukturellen Defizits wird den Rat noch sehr beschäftigen. Auch insoweit dürfen Mehreinnahmen nicht für weitere Ausgaben vorgesehen werden. Die Gemeindehaushaltsverordnung schreibt ausdrücklich vor, dass zusätzliche Einnahmen zur Minderung eines bestehenden Defizits dienen.

Der Vertrag, den die Verwaltung abschließen möchte, muss von der Kommunalaufsicht genehmigt werden. Daher wurden auch schon im Vorfeld mehrere Abstimmungsgespräche geführt. Der Kreis hat sich bereit erklärt, unter bestimmten Voraussetzungen den Vertragsabschluss zu akzeptieren.

Die mit dem Kreis getroffene Vereinbarung müsse z. B. dann neu verhandelt werden, wenn die Beträge erhöht werden.

Frau Kreft sieht es unter Hinweis auf Ausführungen Herrn Hastrichs als Aufgabe der Verwaltung an, Entscheidungen der Ratsmitglieder mit sachlichen Informationen vorzubereiten. Dazu gehören auch die langfristigen Kosten, die durch Einsparungen im Sozialbereich entstehen. Diese Angaben vermisse sie. Auch wenn der vorgeschlagene Beschluss gefasst wird, enthebt das den Jugendhilfeausschuss nicht von Beschlüssen in Bereichen wie Jugendberatung, Prävention usw. Dazu kann es notwendig werden, an anderen Stellen drastisch zu sparen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst in getrennten Abstimmungen folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich mit zehn Stimmen gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen der SPD-Fraktion)

1. Zur Sicherstellung der Fortführung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stellt die Stadt Bergisch Gladbach mindestens

im Jahr 2011	570.913 €
im Jahr 2012	566.513 €
im Jahr 2013	569.063 €
im Jahr 2014	571.613 €
im Jahr 2015	574.163 €

städtische Fördermittel entsprechend der vorgelegten Planung bereit.

(mehrheitlich mit zehn Stimmen gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen der SPD-Fraktion)

2. Die Verwaltung wird beauftragt mit den freien Trägern der geförderten Einrichtungen eine gemeinsame Rahmenvereinbarung zur kooperativen Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Aufgabenfeldes abzuschließen. Ergänzend zu der Rahmenvereinbarung sind Einzelverträge mit den jeweiligen Trägern abzuschließen, um die Details der Zuwendung für die jeweilige Einrichtung zu regeln.

(mehrheitlich mit zehn Stimmen gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen der SPD-Fraktion)

3. Da mit den Verträgen die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit geregelt ist, wird die Verwaltung beauftragt, zur nächsten Sitzung des JHA eine Beschlussvorlage zur Anpassung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit vorzulegen (Aussetzungsbeschluss).

(mehrheitlich mit elf Stimmen gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen der SPD-Fraktion)

4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Beteiligten das erste Dialogforum für das II. Quartal 2012 vorzubereiten.

(mehrheitlich mit elf Stimmen gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen der SPD-Fraktion) (Antrag der CDU-Fraktion)

5. Der Jugendhilfeausschuss bekräftigt die Verwaltung in dem Vorhaben, bei Wegfall der drei Außenstellen alternative Maßnahmen für die bisherigen Angebote in Herkenrath, im Hermann-Löns-Viertel sowie im Wohnquartier Bockenbergr gemäß der Vorlage zu entwickeln und umzusetzen. Entsprechende Maßnahmen sind seitens der Verwaltung des Jugendamtes mit den Beteiligten vor Ort abzustimmen. Bei Umsetzung der Maßnahmen ist für einen nahtlosen zeitlichen Übergang an die wegfallenden Angebote zu sorgen. Im nächsten Jugendhilfeausschuss erfolgt ein Bericht über den aktuellen Sachstand.

8. Ausbau der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I - Arbeitsauftrag *0520/2010*

Herr Hastrich erläutert die Vorlage.

Herr Hoffmann (Vertreter der Schulen) spricht sich gegen den Auftrag in der vorliegenden Form aus. Ihm sei nicht klar, warum dieser Auftrag jetzt erteilt werden soll und warum die Schulen im Vorfeld darüber nicht informiert wurden. An den Sekundarstufen I-Schulen gebe es Angebote, die bislang ohne das Jugendamt liefen. Die Vorlage verweise auf gesetzliche Verpflichtungen für Angebote. Im Wissen um den Umgang mit den Offenen Ganztagsschulen stehe er dem Vorhaben skeptisch gegenüber. So sei die Behauptung falsch, die Räume für den Unterricht decken auch den Raumbedarf für die Nachmittagsangebote.

Die Stadt sei nicht mehr in der Lage, Freizeitmöglichkeiten in Form von Sportstätten zu schaffen und könne auch keine für die Schulen reizvolle Investitionen tätigen. Daher schlägt er vor, die Verwaltung allenfalls zu beauftragen, mit den Schulen und den Freien Trägern der Jugendhilfe den Aufbau und die Qualifizierung der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote bedarfsgerecht und im Rahmen der Fördermittel zu planen und zu beraten.

Frau Schöttler-Fuchs sieht in diesen Ausführungen eine Bestätigung ihrer Ausführungen von vor einigen Monaten. Mit der Neuausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und dem Konzeptvorschlag für die Offene Ganztagsbetreuung im Primarbereich soll ein völlig neues Konzept im Schnellstrickverfahren vorgelegt und abgeschlossen werden.

Sie beantragt eine Vertagung dieses Punktes bis zur Klärung der noch offenen Fragen. Auch an anderen Schulen als der Herrn Hoffmanns bestehe noch Handlungsbedarf.

Auch Herr Lehmkuhler verweist darauf, dass er mit einigen Punkten der Vorlage nicht einverstanden sei. Da dieses Thema relativ wichtig sei, spricht er sich gegen eine Vertagung aus. Anstatt dessen geht er auf den vorliegenden Alternativvorschlag der CDU-Fraktion ein, der in die Richtung der Ausführungen Herrn Hoffmanns gehe. (*Dieser Alternativvorschlag ist der Niederschrift beigelegt.*) Er schlägt vor, in Ziffer 1 des CDU-Vorschlags den Begriff „weiterzuentwickeln“ durch Herrn Hoffmanns Formulierung „zu planen und zu beraten“ zu ersetzen.

Herr Buchen erklärt, seine Fraktion habe sich am Ausdruck „umzusetzen“ gestoßen. Gemeint sei damit wohl die Umsetzung des Arbeitsauftrages. Der Alternativvorschlag seiner Fraktion solle

klarstellen, sich in Kooperation mit den Schulen und den freien Trägern mit dem Thema inhaltlich zu befassen. Dem Formulierungsvorschlag Herrn Lehmkuhlers könne er sich durchaus anschließen. Unter Verweis auf Herrn Hoffmanns Ausführungen erklärt Herr Buchen, diese Vorlage solle auch im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beraten werden. Er hält es für unüblich, Vorlagen in Ausschüsse zu geben, ohne dass diese davon wüssten. Daher möchte er wissen, ob die Vorlage bereits mit dem zuständigen Fachbereich abgestimmt sei.

Herr Hastrich erklärt, selbstverständlich sei die Vorlage mit dem Fachbereich 4 (Bildung, Kultur, Schule und Sport) abgestimmt. Dies sei in der Verwaltung übliches Verfahren. Dem Ausschuss selbst sei diese Vorlage noch nicht bekannt, da er sich erst am 23.11.2010 damit befassen wird.

Ihn überrasche, dass im Schulbereich von dem Vorhaben nichts bekannt sei. Im Frühjahr habe eine Schulleiterkonferenz stattgefunden, in der der Fachbereich 4 über die bestehenden Absichten informiert habe.

Die Verwaltung schlage genau das vor, was auch Herr Hoffmann wolle: nämlich nichts zu tun, ohne mit Schulen und freien Trägern vorher darüber zu sprechen, den Bestand zu prüfen und zu sehen, was weiterentwickelt werden muss.

Aufgrund der Vorschriften des SGB VIII ist für den Bereich der Jugendhilfe der Jugendhilfeausschuss Herr des Jugendhilfeplanungsverfahrens. Also sei es auch zweckmäßig, einen Beschluss herbeizuführen. Eine Vertagung führe zwangsläufig zu Überlegungen über die weitere Vorgehensweise.

Die gewählte Formulierung solle nur ausdrücken, dass der Jugendhilfeausschuss der Verwaltung einen Arbeitsauftrag erteilt und die Verwaltung diesen Arbeitsauftrag umsetzt.

Herr Droege erklärt, dass mit den freien Trägern für die Offene Kinder- und Jugendarbeit bereits Gespräche laufen. Dabei stehe man ganz am Anfang. Die Verwaltung habe zu verstehen gegeben, dass sie Handlungsbedarf für einen Beschluss sieht. Über die Sachdarstellung sei er allerdings überrascht, da sie viele noch strittige Themen enthält. Er befürchtet eine Überfrachtung der Tagesbetreuung und der Schulen. Mit dem Vorschlag habe er zwar keine Probleme; er wisse aber nicht, worüber er hinausgehe. Nach seinem Verständnis wurde dies bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses beschlossen.

Auf Seite 69 der Vorlage wird die eigenständige Offene Kinder- und Jugendarbeit erneut auf die Zielgruppe der 14- bis 21-jährigen reduziert. Es wurde bereits diskutiert, dass dies nicht so sei. Großen Diskussionsbedarf sieht er auch in der Frage, was an Schulen geleistet werden kann.

Frau Lehnert fehlt ebenfalls eine Bestandsanalyse. Ihre Fraktion möchte wissen, was bereits mit welchem Inhalt und welchem Betreuungsumfang vorhanden sei. In vielen Schulen wurde durch schulisches oder ehrenamtliches Engagement viel erreicht. Dies solle nicht durch ein neues Richtlinienverfahren aufgehoben werden.

In der Bestandsanalyse, die in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgelegt werden soll, sollen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche Schule bietet bereits seit wann ein Betreuungsangebot?
2. Wie ist das Verhältnis Pädagogischer Nachmittag zum Betreuungsnachmittag zu sehen?
3. Können dort alle Kinder, deren Eltern dies wünschen, aufgenommen werden? Oder gibt es Wartelisten?
4. Wer ist der jeweilige Träger?
5. Wie viele Kinder besuchen jeweils das Angebot, also nur Pädagogischer Nachmittag oder beides?
6. Welchen Betreuungsumfang nehmen sie in Anspruch?
7. Wie werden die Angebote zurzeit finanziert und mit welcher Summe (Landesanteil, städtischer Anteil)?
8. Wo gibt es bereits Elternbeiträge und in welcher Höhe (ohne Essensgelder)?
9. Wie hoch sind die zukünftig zu erwartenden städtischen Nettofördermittel an den jeweiligen Stellen?

10. Außerdem würde es uns noch interessieren, welche Schulen eine über die jetzige Beteiligung der Stadt hinausgehende Unterstützung (nicht nur finanzieller Art) wünschen.
Mit diesen Angaben kann der Ausschuss prüfen, was bzw. welcher Standard erreicht werden soll.

Herr Hoffmann erklärt nochmals, er sei grundsätzlich sehr skeptisch. Während der erwähnten Veranstaltung mit dem Fachbereich 4 sei sehr deutlich geworden, dass es in einigen Schulen Träger gibt, die Ganztagsangebote durchführen. In anderen Schulen wurden andere Möglichkeiten gefunden. Das Ergebnis dieser Sitzung sei gewesen, dass dieses vielfältige Angebot durch eine Verfahrensweise wie in der Primarstufe teilweise zerschlagen wird.

Ohne ihn zu fragen seien an der Wilhelm-Wagener-Schule Elternbeiträge eingeführt worden. Ergebnis sind ein dramatischer Rückgang und, dass die Angebote den Kindern nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es interessiere heute keinen mehr, ob es eine PCB-Belastung gibt, ob Räume da sind oder ob Elternbeiträge zu mehr Geld in der Stadtkasse führen. Die Schulen seien auf Angebote ohne Elternbeiträge angewiesen. Nur wenige Eltern können solche Beiträge leisten. Dass die Elternbeiträge trotzdem eingeführt wurden, räche sich jetzt: Sie seien ein Grund dafür, dass die Angebote an der Wilhelm-Wagener-Schule kaputtgehen. Dies sei eine Folge dessen, dass für Kinder und Jugendliche insgesamt und besonders für schwache Kinder und Jugendliche kein Geld mehr zur Verfügung steht.

Frau Schöttler-Fuchs hält den Unmut Herrn Hoffmanns für keinen Einzelfall in den Schulleitungen. Zu Irritationen hat auch geführt, dass es bereits einen inhaltlich sehr gefüllten Arbeitsauftrag gibt. Der Arbeitskreis der SPD-Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, dass der Jugendhilfeausschuss das Land um Prüfung bitten soll, inwieweit das Schulgesetz geeignet ist, gemeinsam mit der Jugendhilfe etwas zu erreichen.

Herr Hastrich erklärt, die Sachdarstellung sollte den aktuellen Kenntnisstand der Verwaltung des Jugendamtes zur Kenntnis geben.

Der Beschluss der letzten Sitzung sah ein ganzes Paket vor. Ein Teil dieses Paktes wurde mit Tagesordnungspunkt A 7 abgearbeitet. In der Vorlage zu A 8 wird vorgeschlagen, sich in einem ähnlich intensiven Dialogprozess wie in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem zweiten Teil zu befassen. Ergänzt wurde lediglich, dass das Ganze in den Jugendhilfeausschuss und den ABKSS zurückfließt. Ausführungen Herrn Hoffmanns darüber, was alles keinen interessiere, lasse er weder für Herrn Dr. Speer noch für sich gelten. Die Verwaltung müsse sich an geltendes Recht halten und mit stärkeren Restriktionen umgehen. Absicht sei, einen Dialogprozess dazu zu nutzen, mit den zur Verfügung stehenden minimalen Mitteln das Bestmögliche umzusetzen. Es werde gerade nicht vorgeschlagen, den Offenen Ganzttag aus der Grundschule im Bereich der Sekundarstufe I fortzuführen. Er sichert zu, die Fragen der CDU-Fraktion in die Erörterungsgespräche einzubeziehen.

Frau Kreft fehlt im Beschlussvorschlag ein Hinweis auf eine ämterübergreifende Arbeit. Wichtig sei die Einbindung des Fachbereichs 4.

Dies ergibt sich nach Angaben Herrn Hastrich aus der Beauftragung der Verwaltung, also insbesondere der beiden Fachbereiche, die durch die beteiligten Ausschüsse angesprochen werden. Gegen eine entsprechende Ergänzung habe er keinerlei Bedenken.

Herr Buchen sieht in einer Vertagung beim jetzigen Diskussionsstand keinen Sinn. Im alternativen Beschlussvorschlag hat seine Fraktion bereits wichtige Dinge berücksichtigt. An einzelnen Formulierungen solle ein Beschluss nicht scheitern.

Herr Klein versteht die Einlassungen Herrn Hoffmanns dahingehend, dass dieser einen vorbereitenden Dialog vermisst. Die Vorlage verlange, dass der Ausschuss Position bezieht. Wenn

eine wesentliche Organisation nicht ausreichend einbezogen wurde, bestehe Klärungsbedarf. Daher spricht er sich für den Vertagungsantrag aus.

Herr Hoffmann lag nichts an persönlichen Angriffen. Andere Äußerungen z. B. zur Raumsituation sehe er aber auch nicht als Dialog. Die Schulleitungen seien sehr an einer Kooperation interessiert.

Herr Droege findet die Ausführung als Sachdarstellung/Begründung unglücklich. Er bittet für die Zukunft um eine deutlichere Trennung.

Herr Hastrich hat kein Verständnis dafür, dass fehlende Gespräche kritisiert werden und gleichzeitig eine Vertagung gefordert wird. Die Verwaltung schlägt gerade vor, den Prozess mit Gesprächen zu beginnen. Die Verwaltung sei an einer ehrlichen Bestandsaufnahme und einer Bedarfsanalyse interessiert.

Frau Schöttler-Fuchs zieht ihren Vertagungsantrag aufgrund des Diskussionsverlaufs zurück. Sein Ziel, Gespräche aufzunehmen, sei erreicht. Sie kommt auf ihren Vorschlag nach einem Aufruf an das Land zur Überprüfung des Schulgesetzes zurück. Ziel sei eine Änderung des Schulgesetzes dahingehend, dass eine Zusammenarbeit Schule – Jugendhilfe möglich ist. Im Offenen Ganztage habe die Stadt hier teilweise schlechte Erfahrungen gemacht.

Dies hält Herr Hastrich für möglich. Alternativ schlägt er vor, in den Gesprächen mit Schulen und freien Trägern die rechtlichen Rahmenbedingungen mit zu betrachten und ggfls. bestehende Hindernisse im Jugendhilfeausschuss zu besprechen.

Herr Buchen beantragt die Abstimmung des alternativen Beschlussvorschlags, wobei das Wort „weiterzuentwickeln“ durch „zu beraten und zu planen“ ersetzt wird.

Frau Lehnert wünscht, dass die rechtlichen Dinge mit den Akteuren abgestimmt sind.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag: (mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

1. Die Verwaltung (Fachbereiche 4 und 5) wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den Schulen und freien Trägern der Jugendhilfe den Aufbau und die Qualifizierung der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote an den Standorten weiterführender Schulen für die Schüler/innen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres bedarfsgerecht und im Rahmen der veranschlagten Fördermittel zu beraten und zu planen. Die entsprechende Bestands- und Bedarfsanalyse ist standortspezifisch und gesamtstädtisch dem Jugendhilfeausschuss als Planungsgrundlage vorzulegen.
2. Parallel zu den Abstimmungen in Ziffer 1 ist eine Beschlussvorlage bezüglich der städtischen Förderbedingungen der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I als Teil 3 der Förderrichtlinien zur kommunalen Bildungslandschaft für den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport vorzubereiten. Zudem sind die finanziellen Auswirkungen verschiedener Ausbaustufen darzustellen.

9. Mitteilungsvorlage über den Pflegezustand der Spielplätze
0388/2010

Frau Kreft verweist auf ihre Ausführungen im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Wichtig sei nicht nur Sponsoring, sondern auch ein fachbereichsübergreifendes Konzept. Aus der Tabelle geht nicht hervor, welche Maßnahmen schon umgesetzt wurden. Die Liste müsste eigentlich um die schon erledigten Maßnahmen ergänzt werden.

Herr Schnöring bedankt sich für die Vorlage und erinnert an die Veröffentlichungen im Kölner Stadt-Anzeiger. Aus der Vorlage geht klar hervor, dass auch in diesen Bereich viel mehr Geld investiert werden müsste als zur Verfügung steht.

Frau Schöttler-Fuchs teilt mit, sie habe ein Mail von Müttern aus der Kolpingstraße bekommen, die wohl zu einer Patenschaft für den Spielplatz bereit sind. Sie haben um ein Gespräch gebeten. Sie bittet die Verwaltung um Mitteilung des Sachstandes. Solche Patenschaften begrüße sie.

Herr Schnöring verweist auf Ausführungen zu generationsübergreifenden Spielplätzen, bei denen auch mit einfachen Mitteln wie z. B. einer Boulebahn etwas gemacht werden kann.

Zu diesen Anmerkungen und weiteren Fragen aus dem Jugendhilfeausschuss verweist Herr Zenz auf die von StadtGrün im Jahr 2007 erstellte Liste. Aus dieser Liste können die Prioritäten abgeleitet werden, die mit der Erstellung des Masterplanes festgelegt wurden. Seinerzeit wurden jährlich 100.000,-€ für die Abarbeitung des Masterplanes zur Verfügung gestellt. Sofern in der Liste in der Spalte „Sanierung“ Zahlen vergangener Jahre, also vor 2010, angegeben sind, wurde der Masterplan abgearbeitet. Hinsichtlich der Maßnahmen, die für 2010 oder später vorgesehen sind, ist die Prioritätensetzung eigentlich schon erfolgt und wird abgearbeitet, wie die Mittel zur Verfügung stehen.

Spielplätze in Gebieten, in denen ein Generationenwechsel erfolgt, werden von StadtGrün (7-67) liegengelassen. Zur Erhaltung der Verkehrssicherheit werden lediglich defekte Spielgeräte abgebaut. Solche Spielplätze sollen aber nicht aufgegeben werden, weil nach dem Wegzug der älteren Generation mit dem Nachzug junger Familien zu rechnen ist. Dafür sei der Spielplatz Kolpingstraße ein gutes Beispiel. Einige der neu zugezogenen jungen Familien haben diesen Spielplatz in Eigeninitiative wieder beispielbar gemacht. Die zugewachsenen Verkehrsflächen wurden hergerichtet. Diese Elterninitiative wird auch sehr gut von 7-67 unterstützt. Mangels städtischer Mittel kann eine Unterstützung auch durch Werbung von Spenden erfolgen.

Aufgabe des Fachbereiches Jugend und Soziales ist die Bearbeitung des Spielplatzplanes. Dafür stehen aber nur geringe personelle Kapazitäten zur Verfügung.

Wenn die Bearbeitung im Bereich des Ausbaus der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I weiter fortgeschritten ist, kann sich die Verwaltung mehr mit dem Spielplatzplan beschäftigen. Beim Spielplatzplan gehe es um die weitere Entwicklung im Bereich der Spielplätze z. B. zu den Fragen, ob wegen der Bevölkerungsentwicklung einzelne Spielplätze aufgegeben werden können oder ob an anderen Stellen Flächen in der Bauleitplanung für neue Spielplätze zu berücksichtigen sind.

Im Bereich der generationsübergreifenden Spielplätze gibt es keine konkreten Entwicklungen. Die Ausstattung des Spielplatzes Kolpingstraße mit einer Boulebahn habe sich leider nicht bewährt; die Bahn ist inzwischen zugewachsen.

Die Kriterien für die Prioritäten würden sich ihm aus der Tabelle nicht ganz erschließen. Maßgebend sind die aufgeführten Faktoren, die Äquivalenzzahlen und der Größenfaktor.

Auf Nachfrage Frau Lehnerts erklärt Herr Zenz, für Stadtgrün sei die Bevölkerungszusammensetzung sicher wichtig. 2007 war die Häufigkeit der Nutzung eines Spielplatzes Bestandteil des Äquivalenzwertes.

Herr Hastrich weist ergänzend darauf hin, dass die GL Service gGmbH nicht im Rahmen der Sanierung tätig ist, sondern allenfalls im Rahmen zusätzlicher Reinigungsarbeiten.

Herr Buchen fand die Tabelle ebenfalls schwierig. Ihm wäre hilfreich, wenn zumindest die mit 1 und 2 bewerteten Spielplätze auf einem Plan Bergisch Gladbachs mit einem Punkt dargestellt würden. Das könne dabei helfen, über die Stadt verteilt Spielplätze in einem guten Zustand zu finden. Ein solcher Plan könne auch ins Internet gestellt werden.

Dieses Ansinnen kann nach Ansicht Herrn Hastrichs mit der Fortschreibung des Spielplatzplanes abgearbeitet werden. Dort werde das Spielplatzkataster berücksichtigt. Der Aufwand für eine solche Kartierung sei aber hoch.

Herr Lehmkuhler berichtet über das Engagement der Mütter, die die Patenschaft über den Spielplatz Kolpingstraße übernommen haben. Das Engagement der Eltern sollte bei der Priorisierung berücksichtigt werden.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Klein

Meine Fragen beziehen sich auf die Schließung des Kindergartens „Erdhörnchen“:

1. Wann genau wird der Kindergarten geschlossen?
2. Warum wird Eltern, die ihre Kinder dort im Wissen um die bevorstehende Schließung anmelden wollen, von einer Anmeldung abgeraten?
3. Warum wird dieser Kindergarten nicht zweizügig ausgebaut? Der Träger habe wohl angeboten, im ersten Stock Räume z. B. für Kinder von vier Monaten bis zwei Jahren auszubauen.
4. Haben die Beschäftigten des Kindergartens schon andere Jobs gefunden? Nach meiner Einschätzung wird die Erhaltung des Kindergartens nicht gelingen. Der einschlägige Ratsbeschluss sieht eine Schließung aller eingruppierten Einrichtungen vor.

Herr Hastrich sagt eine schriftliche Antwort zu. Termin der Schließung ist dem Planungsbeschluss entsprechend der 31.07.2011.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.12 Uhr.

Bürgermeister

Schriftführung